

Antrag 9/I/2021

Juso-LV Niedersachsen und SPD-OV Braunschweig-Innenstadt

Der Landesparteitag möge beschließen:

Queere Rechte sind Menschenrechte

1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass die SPD Niedersachsen auf der Grundlage ihrer sozialdemo-
2 kratischen Grundwerte verstärkt für die Rechte von LSBTI*(1)-Menschen eintritt, die Community unterstützt
3 und diese Unterstützung gegenüber dem Koalitionspartner durchsetzt.

4 Der Landesparteitag möge beschließen, dass sich die SPD Niedersachsen für eine sinnvolle, bedarfsorien-
5 tierte und nachhaltige Finanzierung queerer Projekte einsetzt oder sich um alternative Finanzierung be-
6 müht.

7 (1) LSBTI* = Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*- und Inter*geschlechtliche sowie nicht-binäre Menschen,
8 Oberbegriff: Queer

9

10 **Begründung**

11 Immer öfter werden Politiker*innen Opfer rechter psychischer und physischer Gewalt, so auch queere Men-
12 schen. Genauso wie die vielen ehrenamtlich Tätigen sowie die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bür-
13 germeister*innen und ihre Familien, die tagtäglich mit Beleidigungen, Anfeindungen, Morddrohungen und
14 sogar physischer Gewalt konfrontiert sind, steigt auch die Hasskriminalität gegen queere Menschen. Neben
15 dem Aufbegehren der Zivilgesellschaft müssen Stellen geschaffen werden um Minderheiten zu schützen.
16 Denn queere Rechte sind Menschenrechte!

17 Die SPD hat bundespolitisch einiges für queere Menschen erreicht. Doch die Ehe für alle kann und darf
18 nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wir als Sozialdemokrat*innen stehen für die Gleichbehandlung, den
19 Schutz und die Wahrung der Rechte aller Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status oder ihre ge-
20 schlechtlichen / sexuellen Identität. Doch die Realität sieht anders aus: Die SPD Niedersachsen macht in
21 der LSBTI*-Politik einen Schritt rückwärts. Die Gelder für die LSBTI*-Arbeit in Niedersachsen wurden für die
22 Haushaltsjahre 2019 und 2020 drastisch gekürzt. Das bedeutet, dass die Aufklärungsarbeit und das Ange-
23 bot für Betroffene, das nahezu ausschließlich von Ehrenamtlichen gestemmt wird, auf ein Minimum re-
24 duziert wird. Forschungsprojekte können nicht finanziert werden und geschaffene Personalstellen fallen
25 weg.

26

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission

1 Annahme in geänderter Fassung als Resolution:

2 Der Landesparteitag möge beschließen, dass die SPD Niedersachsen auf der Grundlage ihrer sozialde-
3 mokratischen Grundwerte verstärkt für die Rechte von LSBTI*[1]31-Menschen eintritt und die Community
4 unterstützt. ~~und diese Unterstützung gegenüber dem Koalitionspartner durchsetzt.~~ Der Landesparteitag
5 möge beschließen, dass sich die SPD Niedersachsen für eine sinnvolle, bedarfsorientierte und nachhaltige
6 Finanzierung queerer Projekte einsetzt oder sich um alternative Finanzierung bemüht.